

Brexit

Das Ende der Währungsunion

Noch nie war die Gefahr so gross, dass die Währungsunion auseinanderbricht! Der politische Wille zur Einheit bröckelt. Die Politik ist nicht nur orientierungslos. Die Wirtschaft droht in eine erneute Rezession zu sinken und die Währung ist im Keller. Auch wenn die Notenbank noch versucht zu beruhigen: Das Ende der Einheitswährung ist nahe.

Manche werden sich angesichts dieser Zeilen aus dieser Feder verwundert die Augen reiben. Seien Sie beruhigt: Gemeint ist natürlich nicht der Euro, sondern das britische Pfund!

Seit 1707 verbindet Schottland und England eine politische Union und eine Währungsunion. Seit dem 23. Juni 2016 steht diese wieder zur Diskussion. Mit 62 Prozent der Stimmen haben sich die Schotten im Brexit-Referendum mit sehr deutlicher Mehrheit für einen Verbleib in der Europäischen Union ausgesprochen. Bereits einen Tag nach der Abstimmung hat die schottische Regierung betont, dass sie ein erneutes Referendum über die englisch-schottische Union anstreben wird. Noch einen Tag später haben die Schotten mit ihrer eigenen Aussenpolitik begonnen und mit EU-Führern die Diskussion über einen Verbleib in der EU aufgenommen.

«United» ist im Vereinigten Königreich nicht mehr viel

Das United Kingdom ist auf einmal gar nicht mehr so vereint. Tatsächlich hat das Brexit-Referendum Grossbritannien in eine veritable Staatskrise versetzt. Der Premierminister musste zurücktreten. Der Parteipräsident der wichtigsten Oppositionspartei steht kurz vor



Klaus Wellershoff
Ökonom
Wellershoff & Partners

«Die angestiegene Unsicherheit könnte zu einer eigentlichen Abstinenz bei den Investitionen führen.»

seiner Entmachtung und auch die Anführer des Brexit-Lagers sind allesamt zurückgetreten. Die Schotten reden unverhohlen von einem Austritt. In Nordirland fordert Sinn Féin ein Referendum zur Union der Nordiren mit den Iren der Republik. In Gibraltar haben 92 Prozent der Stimmbürger gegen einen Austritt aus der EU gestimmt.

Auch wirtschaftlich scheint der Brexit-Entscheid nichts Gutes zu verheissen. Die im Vorfeld der Abstimmung schon erlahmende Konjunktur hat sicherlich einen weiteren Rückschlag erlitten. Die kurzfristigen Umfrageergebnisse deuten darauf hin, dass die gewaltig angestiegene Unsicherheit zu einer eigentlichen Abstinenz bei den Investitionen in Maschinen und Anlagen führen könnte. Selbst das auf einem Allzeittief notierende britische Pfund wird kaum verhindern können, dass die britische Wirtschaft in die Rezession abgleitet.

Gleichzeitig steht zu befürchten, dass die Inflationsrate in den kommenden Quartalen deutlich anziehen wird. Hausgemachte und importierte Inflation sollten bis zum Frühjahr zu Preissteigerungsraten von über 3 Prozent führen. Bei derzeitigen Leitzinsen von 0,5 Prozent wird die Zentralbank trotz beruhigenden Worten wohl nur wenig ausrichten können, um die Konjunktur zu unterstützen.

Kommt hinzu, dass die einst so soliden Staatsfinanzen der Briten seit Jahren schon nicht mehr solide sind. Lag die Staatsverschuldung vor der Finanzkrise noch bei halbwegs schlanken 55 Prozent des Volkseinkommens, werden sie dieses Jahr bei 113 Prozent stehen. Das laufende Defizit des Gesamtstaats lag im vergangenen Jahr noch bei 5 Prozent. Damit liegen die Defizite seit 2003 und die Verschul-

dung seit 2104 über den Vergleichswerten der Euro-Zone. Dieser Cocktail wird die schiefe Bahn, auf der sich die Briten fiskalisch befinden, noch schiefer machen.

Die Schotten machen die Schotten dicht

Dass deshalb die Schotten nun die Schotten dichtmachen, verwundert niemanden. Kommt hinzu, dass das letzte Referendum über einen Austritt aus der Union im Jahr 2014 viele offene Wunden hinterlassen hat. Erinnern wir uns: Mark Carney, der Gouverneur der britischen Zentralbank, hatte den Schotten unmissverständlich zu verstehen gegeben, dass ein Ende der Union auch ein Ende der Währungsunion mit den Engländern bedeuten würde. Eine gemeinsame Währung ohne eine gemeinsame Regierung sei unmöglich.

Wenn die Sache nicht so ernst wäre und es nicht um das politische und wirtschaftliche Schicksal von Millionen Menschen ginge, müsste man angesichts dieser Fakten schon ein wenig schmunzeln. Da erklären die Briten den Europäern seit gut 25 Jahren, dass das mit dem Euro keine gute Idee sei und dass der Euro keine Zukunft hätte. Da haben die Briten den Europäern mit ihrer Brexit-Abstimmung den sprichwörtlichen Stinkfinger gezeigt. Und was passiert, ist, dass das eigene Land in eine tiefe Staatskrise verfällt, in eine Rezession absinkt und das Pfund auseinanderzubrechen droht.

Es braucht schon viel Realitätsferne, wenn der Brexit hier in der Schweiz immer noch von vielen als Chance betrachtet wird. Die Briten sind offensichtlich weder ein starker noch ein verlässlicher Partner.

Zürcher Spitalsteuer Neue Büchse der Pandora

Die instabile und teilweise von der Kostenwahrheit deutlich entfernte Finanzierung unseres Gesundheitswesens treibt immer wieder erstaunliche Blüten. Die jüngste Idee stammt aus dem Kanton Zürich. Dort will der Regierungsrat im Rahmen seines Projektes «Leistungsüberprüfung 2016» zur Verbesserung der Finanzen rund 43 Millionen Franken Prämienfelder von Zusatzversicherten Patienten durch eine neu zu schaffende Abgabe bei den Spitälern abschöpfen. Davon betroffen wären beinahe ausnahmslos Privatspitäler. Bereits 2012 wollte der Regierungsrat eine solche Idee installieren. Sie wurde aber vom Volk abgelehnt.

Die Mehrfachrolle der Kantone ist ein Unding

Man erinnere sich: Die Mehrfachrollen der Kantone sind seit Jahren ein kontrovers diskutiertes Thema im Gesundheitswesen. Die Kantone sind Betreiber von Spitälern, Finanzierer von Leistungen eigener und anderer Spitäler, Gesundheitspolizei, Planer des Angebotes und Rechtsmittelinstanz in Tariffragen. Man stelle sich vor, im Fussball würde jemand den Meisterschaftsmodus und den Spielplan festlegen, wäre gleichzeitig Präsident und Sponsor eines



«Die Sondersteuer führt zu einer Verteuerung des Gesundheitswesens.»

Andreas Faller Geschäftsführer Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen, selbstständiger Rechtsanwalt

Vereins, dazu noch Sponsor einiger anderer Vereine in der gleichen Liga und obendrein noch Schiedsrichter – im Sport undenkbar, im Gesundheitswesen aber Realität.

Doch damit nicht genug. Nun will der Regierungsrat des Kantons Zürich noch eine weitere Rolle annehmen und Sondersteuern erheben. Damit würde eine Wettbewerbsverzerrung zwischen privaten und kantonseigenen Spitälern stattfinden, wobei letztere profitieren und «zufällig» nicht durch die Abgabe belastet werden sollen. Die Motivation hinter diesem Vorgehen ist klar, schliesslich äusserte sich Gesundheitsdirektor Thomas Heiniger im «Tages-Anzeiger» dahingehend, er müsse «bis ins Jahr 2019 insgesamt 508 Millionen Franken einsparen». Der Begriff «sparen» wird somit sehr frei interpretiert: Einsparungen sollen durch Mehreinnahmen aus der Tasche der Zusatzversicherten

Patienten ersetzt werden. Dass eine derartige System- und Wettbewerbsbeeinflussung keinen Nutzen für die Patienten hat, liegt auf der Hand. Durch die neue Sondersteuer würden vor allem Versicherte mit Spitalzusatzversicherung bestraft, weil eine staatlich angeordnete Abschöpfung von Prämienfeldern sehr wahrscheinlich zu Prämien erhöhungen im Zusatzversicherungsbereich und damit zu einer Verteuerung des Gesundheitssystems führen würde.

Der Kanton Zürich könnte einen Flächenbrand gelegt haben

Dies ist ein höchst fragwürdiges Unterfangen, bei dem Kenner des Gesundheitswesens nur ungläubig den Kopf schütteln. Wenn es um die Verbesserung ihrer Finanzen geht, ist der Ideenreichtum einzelner Kantone offenbar

grenzenlos. Freuen werden sich darüber in erster Linie die Vertreter von Kantonsinteressen – allen voran die Finanzdirektoren. Für das Gesundheitswesen sind solche Eingriffe jedoch Gift. Der Kanton Zürich geht zwecks Teilsanierung der Kantonsfinanzen ein ganz heikles Thema an: Seit vielen Jahren ist die Querfinanzierung von Spitälern zwischen den höheren Tarifen der Zusatzversicherung und den teilweise nicht kostendeckenden Tarifen der Grundversicherung eine geduldete Realität. Durch die geplante Abschöpfung von Zusatzversicherungsgeldern in die Staatskasse greift der Kanton Zürich diese Realität an und müsste eigentlich nun Hand bieten für eine Erhöhung der Grundversicherungstarife auf ein durchgehend kostendeckendes Niveau. Das würde aber wiederum zu Prämien erhöhungen in der Grundversicherung führen und die Kantonsanteile an Spitalbehandlungen von grundversicherten Patienten wachsen lassen.

Somit könnte der Kanton Zürich durch diese Aktion die Büchse der Pandora in der Spitalfinanzierung geöffnet haben – ein schweizweiter Flächenbrand ist nicht auszuschliessen. Trotz allem Verständnis für die Spar- und Mittelbeschaffungsbemühungen der Kantone: Solche Griffe in die Tasche der Prämienzahler dürfen nicht Schule machen!

DIALOG



HZ Nr. 27 7.7.2016
«Die Probleme der Berater»
Ich muss immer schmunzeln, wenn ich die polierten, uniformen Berater-typen sehe – alles wie aus dem Bilderbuch. Optik vor Wissen, Jugend vor Erfahrung! Ich – Mitglied einer Geschäftsleitung – habe selber miterlebt, wie Junior- und Seniorconsultants einer der namhaftesten Wirtschaftsberatungsfirmen, alle unter 28 Jahre alt, schwitzend und tiefend mit angezogener Kra-

watte bei 35 °C im Büro versuchten, nach Lehrbuch ihr Programm durchzuziehen. Am anderen Ende des Tisches sassen wir alten Füchse und merkten, dass ausser heisser Luft, hohen Rechnungen und absoluter Handlungsunfähigkeit nicht viel herauskommen kann. Dies war auch der Fall: Ein standardisiertes Dossier mit Standardfloskeln und ohne Fleisch am Knochen und ein Beratungsteam, welches kurz vor dem Kollaps war.
Max Meier



HZ Nr. 27 7.7.2016
«Wie Fintechs die Finanzszenen aufmischen»
Auf dem Weg zur Mobile Wallet: Credit Suisse schickt Bankomatkarten in die Wüste.
Christine Spietz
@christinespietz

Statt EC-Karte nun QR-Code am ATM bei #creditsuisse. Verstehe ich nicht. Falsche Prio? Warum kein #mobilepayment?
Rino Borini
@rinoborini

HZ Nr. 27 7.7.2016
«Die Zukunft mobiler Bezahlsysteme»
Today is the day! #ApplePay startet in der Schweiz
Martin Sauter
@msauter

#ApplePay mit #Wirecard in der Schweiz. Hoffentlich auch bald in Österreich!
David Riedel
@DrDave85



HZ Nr. 27 7.7.2016
«EU will Geldquellen der Terroristen austrocknen»
Dass Terrorismus am effektivsten verhindert werden kann, wenn die Geldflüsse versickern, ist inzwischen auch in der EU bekannt. Dass sie nun in «Hochrisikoländern» die Kontrollen verschärfen will, ist durchaus als erster Schritt zu verstehen. 2003 gründete Nitsana Darshan-Leitner in Tel Aviv das Israel Law Center Shurat HaDin («Der Rechtsweg»). Das Ziel ist

es, den Terrorismus auszutrocknen und damit einzudämmen. Es sind grosse Banken wie UBS, Bank of China, American Express, Lebanese Canadian Bank, die Geschäftsstellen in den USA und in Kanada haben. Sie fallen deshalb unter den US-amerikanischen Patriot Act und den Canadian Anti-Terrorism Act. Beides ermöglicht, dass die Klagen in den USA oder in Kanada eingebracht werden.
Esther Scheiner

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle:

E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch
Twitter: twitter.com/handelszeitung
Facebook: facebook.com/handelszeitung
Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel